

Danziger



Beitung

Dernsprech-Anschluß Danzig:
Für Redaktion und Expedition Nr. 18. General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen. Dernsprech-Anschluß für unser Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.

Nr. 23032.

1898.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fidelen Blätter“ und den „Weltkreis des Land- und Hausfreund“ Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholstellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Interate kosten für die siebengeplante gewöhnliche Schriftheile oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Hierzu eine Beilage.

Telegramme.

Berlin, 15. Febr. Der „Auszug“ zufolge hat die Berliner Missionsgesellschaft, welche schon eine Mission im Süden Chinas bei Canton betreibt, beschlossen, im deutschen Gebiete von Kiautschau eine Station zu errichten. Der Missionar Aecker ist mit den nötigen Instruktionen versehen. Der evangelische Missionar Homeyer ist von den bei dem Uebersfall erlittenen Verwundungen wieder hergestellt und nach seiner Station zurückgekehrt.

Wien, 15. Febr. Kaiser Franz Josef ist nach Pest abgereist.

Brünn, 15. Febr. Landtag. Bei der Debatte über den Gesetzentwurf betreffend die Permanenz-Erklaerung des Ausgleichsausschusses für alle nationalen Fragen sprachen sich sämtliche Redner im Sinne der Erzielung des nationalen Friedens aus, die das schönste Geschenk für den Kaiser zu seinem Regierungsjubiläum bilden werde. Der Statthalter gab die Versicherung ab, die Regierung werde aufrechtig bestrebt sein, die Arbeiten und die Bestrebungen des Ausschusses ausschließlich zu fördern, so daß des Friedens Werk gelingen möge. Der Gesetzentwurf wurde in allen Lesungen angenommen.

Rom, 15. Febr. Der Papst hat heute 300 Pilger aus seinem Heimathort Carpineto unter Führung seines Neffen Grafen Ludwig Pecci empfangen und darauf in 2½ stündiger Audienz 21 Bischöfe, die mit dem Pilgerzuge nach Rom gekommen waren.

Shanghai, 15. Febr. In Port Arthur liegen jetzt 8 russische und 8 chinesische Kriegsschiffe. Die Russen errichten Kohlenlager.

Washington, 15. Febr. Das Repräsentantenhaus hat eine Resolution angenommen, in welcher die Vorlegung des Schriftwechsels verlangt wird, der auf den Auschlüsse amerikanischer Rindfleisches, Oxfies und amerikanischer Pferde seitens Deutschlands Bezug hat.

Politische Uebersicht.

Danzig, 15. Februar.

Zur General-Versammlung des Bundes der Landwirthe,

über welche wir unter zur Ergänzung der telegraphischen Mitteilungen in unserer Morgenzeitung noch einen näheren Bericht folgen lassen, stellt unser Berliner Correspontent folgende Betrachtungen an:

Ob die General-Versammlung des Bundes der Landwirthe — die sechste — von 4500 Mitgliedern besucht war, wie die einen melden, oder von 5000, wie die „Dtsch. Tgs.-Ztg.“ berichtet, kann man dahingestellt sein lassen. Wenn man auch einen starken Abzug zu Gunsten der Berliner Besucher macht, bleibt immerhin noch eine sehr erhebliche Beteiligung übrig. Jedenfalls hat bisher keine Partei ein solches Aufgebot von Streikräften zu einer Jahressammlung zur Stelle gebracht. Dass im großen und ganzen der Besuch geringer ist, als in früheren Jahren, wo man gewohnt war, die Anwesenden auf zwei Versammlungslokale zu verteilen, fällt dabei wenig ins Gewicht. Die Herren v. Plötz u. Gen. haben dafür ohne Zweifel eine ausreichende Erklärung in den „schlechten Zeiten“, wie denn auch Herr Director Hahn in seinem Geschäftsbericht den Umstand, daß vielfach Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstand geblieben oder ausgetreten sind, auf die schlechten Zeiten zurückführt.

Die Zahl der Mitglieder des Bundes habe

nach dem Geschäftsbericht die Ziffer von 200000 noch nicht erreicht, die vor Jahren in einer Adresse an den Kaiser genannt wurde. Der Bund zählt 187000 Mitglieder, von denen 91000 östlich, 96000 westlich der Elbe wohnen. Dem Großgrundbesitz gehören 1500, dem mittleren 28500, dem kleineren Grundbesitz 150000 an. Besonders bemerkenswert sind die Mittheilungen des Geschäftsberichts über die Ein- und Ausgaben des Bundes. Die tatsächliche Einnahme des letzten Jahres wird auf 491850 Mk. angegeben, also nur 6150 Mk. weniger als veranschlagt war. In dieser Mindererstattung wird man die rückständigen Mitgliederbeiträge zu sehen haben, deren Entziehung mit Rücksicht auf die Wahlen angekündigt wird. Immerhin bleibt es dabei, daß der Bund der Landwirthe jährlich annähernd eine halbe Million Mark zu verausgaben hat. Auch über die Verwendung des Geldes enthält der Bericht lehrreiche Angaben. Das Bundesblatt, der „Bund der Landwirthe“ mit seinen sieben Provinzialorganen ist in 180 000 Exemplaren verbreitet. Daneben erscheint die „Correspondenz des Bundes“ wöchentlich in über 2000 Exemplaren. Außer durch die Presse wird der Zusammenhalt der Mitglieder durch 13 Geschäftsführer in den einzelnen preußischen Provinzen und deutschen Landesteilen vermittel — eine Organisation, die z. B. die conservative Partei ins Leben zu rufen bisher nicht im Stande gewesen ist. Dass die Provinzialvorstände im Geschäftsbericht als „Geschäftsführer“ erscheinen, hängt wohl mit dem Fortbestehen des § 8 des preußischen Vereinsgesetzes, welches die Verbindung politischer Vereine unter einander verbietet, zusammen.

Man kann unter diesen Umständen dem Berichtsteller nur zustimmen, wenn er behauptet, es gebe keine politische Partei, die bezüglich der Verbindung, in der die einzelnen Mitglieder mit der Parteileitung stehen, auch nur von ferne mit dem Bund der Landwirthe verglichen werden kann. Bedauern aber muß man, daß diese umfassende Organisation Kraft und Geld fast ausschließlich für eine politische Agitation im einseitigsten Interesse ausbraucht und daß neuerdings seitens der Regierung in wirtschaftlichen Fragen, wie z. B. der Frage der Handelsverträge, ein Ton angeschlagen worden ist, der die Herren v. Plötz und Genossen in ihrem agitatorischen Treiben nur ermuntern kann. Herr v. Plötz beruft sich ja nur ausdrücklich auf die bekannte Erklärung des landwirtschaftlichen Ministers im Abgeordnetenhaus. Damit wird der Mut des Bundes aufrecht erhalten.

(Näherer Bericht.)

Abg. v. Plötz führt in seiner Rede aus: Es ist zweifellos in höchsten Kreisen ein Umstieg eingetreten. Man ist zu der Überzeugung gelangt, daß durch eine falsche Wirtschaftspolitik die Landwirtschaft der Konkurrenz des Auslandes erliegen muß. Noch vor zwei Jahren nahm es sich der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein heraus, im preußischen Abgeordnetenhaus zu sagen: „Ich befürchte, daß ein Notstand der Landwirtschaft vorhanden ist, in meiner Heimatsprovinz Hannover ist davon noch nichts zu bemerken.“ Heute behennen sämtliche Räthe der Krone, daß sie sich im Irrthum befinden haben. Der Redner citirt die Rede, die vor einiger Zeit der Landwirtschaftsminister im Abgeordnetenhaus gehalten hat, und erwähnte der jüngsten Rede des Staatssekretärs v. Bülow im Reichstage. Diese Rede, so etwa fuhr v. Plötz fort, hat den Beweis geliefert, daß der Bismarck'sche Wind noch nicht ganz verbannt ist. (Lebhafte Bravo.) Trotz allem dürfen wir gerade jetzt nicht die Hände in den Schooß legen, sondern wir müssen mit allgemeiner Energie und mit deutscher Jähigkeit festhalten an unseren berechtigten Forderungen, so lange, bis sie voll in Erfüllung gegangen sind. Seit Jahren hat der Bund schon das Bestreben gehabt, ernst und friedlich auch die Interessen der Großindustrie zu fördern, soweit deren Thätigkeit wahrhaft national ist. Und jetzt, meine Herren, wo wir vor den Neuwahlen stehen, müssen wir immer wieder betonen, daß bei der angebauten Wirtschaftspolitik die Interessen der Industrie ebenso zu fördern sind, wie die der Landwirtschaft, um gemeinsam vorzugehen gegen unsere politischen und sozialen Feinde. Ich fasse diese Feinde zusammen als die radicale Demokratie, zu welcher die Socialdemokratie ebenso wie die Freisinnigen gehören. Wenn jene großen Interessen

voll gewürdigt werden, dann wird das Vaterland sich gut dabei stehen, denn dann ist es möglich, einen kräftigen inneren Markt zu schaffen, der die Ergebnisse der Landwirtschaft und der Industrie willig aufzunehmen im Stande ist. Und dadurch werden auch Handwerk und Kleingewerbetreibende im hohen Maße gestärkt und gefördert. Die nächste Reichstagsperiode wird in hohem Maße entscheidend sein für Deutschland's Zukunft. Würde die Wirtschaftspolitik in demselben Rahmen weiter geführt, wie bisher, dann wird und muß der deutsche Bauer zu Grunde gehen; Handel und Industrie muß erlahmen und der Sieg der radicale Demokratie ist gesichert. Wir haben in der Hauptache ja nur das Börsenreformgesetz und das Margarinegesetz erreicht, neben anderen kleinen Gesetzesvorlagen. Wenn man sagt: Diese Gesetze funktionieren nicht, die Landwirthe wollen gar nichts mehr davon wissen, so ist man im schweren Irrthum. Im Gegenteil, wir sind vollkommen einverstanden und ersehen große Vorteile daraus. Selbstredend werden wir nicht unterlassen, die Regierung immer wieder aufzufordern, das Börsenterminges noch correcter und straffer durchzuführen und ähnlich so verhält es sich bei dem Margarinegesetz. Wir wollen auch der Großindustrie helfen, aber wir können nicht für Anfälle stimmen, die lediglich der Großindustrie nützen, die Landwirtschaft aber ruinieren müssen. Wir sind für einheitliche Anfälle, nicht aber für solche, die mit den Seehäfen in Verbindung stehen und uns das ausländische Getreide in Masse zuführen. Eine blühende Landwirtschaft, eine segensreiche arbeitende Industrie, ein frischer, fröhlicher Mittelpunkt in Stadt und Land, der wieder Segen in seiner Arbeit sieht, dessen Boden wieder ein goldener ist, das ist es, was wir wünschen und dafür verlangen wir die treue und feste Mitarbeit unserer Regierung. Die Worte, die unser kaiserliche Herr gesprochen hat, sollen nicht bloß Worte bleiben, die Räthe der Krone, die verantwortlichen Regierungen müssen und werden sich nach diesen Worten richten. Der Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser.

Der Director des Bundes, Abgeordneter Dr. Diedrich Hahn, eröffnete danach den Geschäftsbericht. Der Bund zählt 187 000 Mitglieder, von denen 91 000 östlich der Elbe, 96 000 westlich der Elbe wohnen. Davon gehören dem Großgrundbesitz nur 1500 an, dem mittleren Besitz 28 500 und dem kleineren Grundbesitz 157 000. Der Bund hat eine Versicherungsabteilung errichtet, er erhielt Rath in allen Versicherungs- und Rechtsangelegenheiten. Es hat eine Abteilung für Buchführung und eine landwirtschaftlich-technische Abteilung errichtet, die 1897 1 509 123 Cr. Dürungsmittel, 32 417 Cr. Buttermittel und 214 200 Kilo Cr. Ölinal-Catztal bezog. Die Abteilung für Genossenschaftswesen hat 22 Spar- und Darlehnskassen, 15 Konsumgenossenschaften und 39 Produktiv-Genossenschaften errichtet. Wir müssen alles daran setzen, um eine Zerplüttung und ein gegenseitiges Schækämpfen der uns nahestehenden politischen Parteien zu verhindern. Der Bund der Landwirthe müßte den Sammelpunkt bilden für alle Schätzjäger. Doppelkandidaturen seien möglichst zu vermeiden bei Männern, die auf dem wirtschaftspolitischen Boden des Bundes stehen. In diesem Sinne gebe der Bund für die nächsten Wahlen die Parole seiner Sammlung aus. Der zu wählende Reichstag werde entscheidend sein für die Durchführung des Programms des Bundes der Landwirthe. Der Bund der Landwirthe verlangt den autonomen Zolltarif für die Landwirtschaft, einen Magimtarif für unsere wirtschaftlichen Freunde. Der Bund der Landwirthe vertritt jede handelspolitische Bindung durch Verträge auf lange Jahre hinaus, wie dies Graf Caprivi gethan hat. Deutschland müßte freie Hand behalten, um auch die weiter noch etwa nothwendigen Maßregeln in Bezug auf Schuhjäger gegenüber dem Ausland treffen zu können. Alle Maßregeln müssen ergreift werden, um die Preisbildung für landwirtschaftliche Produkte unabhängig zu machen von dem die Speculation als Selbstzweck befördernden Zwischenhandel. Die schärfsten Gegner des Bundes der Landwirthe sind aus der Regierung geschieden. Nach dem Grafen Caprivi auch Frhr. v. Marshall und Herr v. Bötticher. (Stürmischer Beifall.) Aberm. h. wir sind nicht sicher, ob bis zum Jahre 1904, wo die Handelsverträge ablaufen, sich nicht vielleicht von neuem ein Wechsel in den Ansichten der maßgebenden Kreise vollzieht. Wir müssen deshalb möglichst viele Männer unserer Richtung in den Reichstag bringen, um uns eine zuverlässige Mehrheit zu sichern, solche, denen die wirtschaftspolitischen Momente wichtiger sind, als die rein politischen. (Kluge: Keine Juden! Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Redner unterbreitete schließlich der Versammlung die schon in der Morgennummer telegraphisch mitgetheilte Resolution.

Es folgte alsdann eine Rede des Leiters der „Dtsch. Tages-Ztg.“, Dr. Dertel und des Hrn. Schrempf-Stuttgart über das Verhältnis der süddeutschen Mittel- und Kleinbauern zum Bund.

Der Befragung stehen. Eine sehr tüchtige Leistung war auch die des Herrn Josef Meth als Pauli, namentlich in der großen Schlüsselene des dritten Actes, wo die Leidenschaft des Herrgottsschnihers durchbricht. Ausgezeichnet gab Herr Willi Dirnberger den Klosterwirth. Auch die anderen Mitglieder der Gesellschaft reihen sich den Genannten in künstlerischer Beziehung würdig an, so die Mutter des Herrgottsschnihers, Frau Therese Dirnberger, als Hochzeitssängerin Herr Michael Dengg und als Loist Herr Max Linnbrunner.

Die Volksszenen stellten in ihrer lebhaften, natürlichen Beweglichkeit und in ihrem geschmackvollen Arrangement der Regie ein glänzendes Zeugnis aus. Das Duett im zweiten Aufzuge „Aber am Land ist ein Leben“ wurde von Frau Anna und Herrn Kauer Terofal frisch und flott gesungen und sandt lebhaften Beifall. Auch der originelle Schuhplattler-Tanz wurde mit Vollendung ausgeführt und erntete ebenso wie die Jätherverträge — namentlich der Solo vor der Zither — ausdrucksvolles Applaus. Frau Dengg und Herr Kauer Terofal wurden zum Schlus ein großer Lorbeerkrantz und ein Blumenarrangement überreicht.

Darauf schilderte Dr. Röske die Gefahren für die deutsche Landwirtschaft aus der Einfuhr aus Amerika. Abg. Liebermann v. Sonnenberg (mit stürmischen Beifall empfangen): Ich habe Gott sei Dank nicht notwendig, heute über die Judenfrage zu sprechen. (Stürmischer Beifall.) Die Seiten sind vorüber, wo im Bunde noch v. v. Toleranz gegen die Juden gesprochen wurde. (Stürmischer Beifall.) Die deutsch-sociale Reform-Partei, die stets für die Forderungen des Bundes eingetreten ist, verfolgt die Politik der Sammlung, die allerdings auf dem conservativen Parteitag in Berlin nicht begolgt wurde. (Beifall und Widerspruch.) Ich stimme der Resolution zu, betreffs des dritten Punktes möchte ich aber feststellen, daß meine Partei keinen unbedeutigen Einbruch in einen Wahlkreis begehen wird. (Stürmischer Beifall.)

Fhr. v. Wangenheim-Klein Spiegel meint, der Bund könne nicht dulden, daß in seine Reihen eine radaulose horde eindringe und unter der Maske der Judentheorie socialdemokratische Politik treibe. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Der reinst Antisemitismus sei vom Bunde der Landwirthe betrieben worden. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem dann noch mehrere Redner, darunter Abg. Graf Schwerin-Löwitz und Major z. D. Endell, gesprochen, wurde die oben erwähnte Resolution einstimmig angenommen und hierauf die Versammlung geschlossen.

Die Politik der Sammlung.

Was die Conservativen unter dem Schlagwort von der „Politik der Sammlung“ verstehen, das im verlorenen Sommer der Finanzminister v. Miquel ausgegeben hat, das hat gestern die „Auszugzeitung“ offen dargethan, und was das Agrarienthum darunter versteht, darüber hat der Verlauf der Generalversammlung des Bundes der Landwirthe keinen Zweifel gelassen. Gegenüber dieser — gelind gesagt — einseitigen Stellungnahme mahnt die „Nationallib. Corr.“ von neuem die Regierung, „welche die Sammlung der Erwerbsstände zu ihrer Aufgabe gemacht hat“, daß sie „endlich deutlich sagt, wohin, joweil ihre Autorität und ihre Absichten in Betracht kommen, die Reise gehen soll“.

Das nationalliberale Parteiorgan möchte zugeben, daß die Reichsregierung zur Ausführung des Sammlungsprogramms, das Miquel ohne nähere Erläuterungen ausgegeben hat, gesetzt habe, was thunlich war, durch Einberufung des wirtschaftlichen Ausschusses, Ankündigung der Revision der Handelsverträge, vertrauenerweckendes Auftreten in der äußeren Politik. Inzwischen habe die preußische Regierung nur eine Rundgebung veranstaltet, nämlich die Erklärung des Landwirtschaftsministers, daß für die Landwirtschaft besser gesorgt“ werden solle.

„Nun fällt ihr aber auch“, fährt die „Nationalliberale Correspondenz“ im Hinblick auf die Generalversammlung des Bundes fort, „die Pflicht zu, nun zum wenigsten deutlich zu sagen, was sie nicht will, dafür zu sorgen, daß auch der Anschein einer wohlwollenden Duldetung jener Agitation zerstört wird, der bisher dadurch Nahrung erhalten, daß Politiker, wie die Abg. Hahn und Genossen, ohne bündig zurückgewiesen zu werden, ihren verkehrenden Agitationen durch angebliche Uebereinstimmung mit den Ansichten von Staatsministern eine gewisse Autorität ins Land hinaus zu verleihen vermöchten. Geradezu Bände spricht der Name Hildesheim. Es ist Aufgabe der leitenden Politiker der preußischen Staatsregierung in Sumpf, dem „vorzubeugen“, daß nicht nur die eigene Autorität nicht zu Schaden kommt, sondern auch die neuen moralischen Erwerbungen der Reichsregierung von Preußen aus nicht gefährdet werden, und wie geben uns der Hoffnung hin, daß die nächsten Tage klar seien lassen.“

So das nationalliberale Organ. Allerdings, man wird ja bald sehen, wir glauben freilich kaum, daß es etwas Gutes sein wird, namentlich dann nicht, wenn man sich auf die Regierung verlassen wollte. Unsere Hoffnung ist allein die, daß im Hinblick auf die immer höher steigende Fluth der wirtschaftlichen Reaction, auf das immer zuverlässlicheren Auftreten der gemeinsamen Gegner das gesamte liberale Bürgerthum in allen seinen Schattirungen sich endlich aufruft und begreifen lernt, um welch eine ungeheure Entscheidung es sich bei den bevorstehenden

Ein originales Spiel Karten.

Wie eine englische Zeitschrift zu berichten weiß, hat der Herzog von Cambridge kürlich von seinem erlauchten Vetter, dem Kaiser Wilhelm, ein Spiel Karten zum Geschenk erhalten, das sicher nicht seinesgleichen haben dürfte. Es sind auch in jeder Hinsicht königliche Karten. Nach Zeichnungen, die der Kaiser eigenhändig entworfen hat, in Altenburg angefertigt, repräsentieren diese bis ins feinste Detail wunderbar ausgeführten Kartenblätter in der That einen hohen und seltenen Kunstschatz. Die Könige stellen die vorzüglich gelungenen Bildnisse lebender Herrscher vor, und zwar ist unser Kaiser in dem Treff-König wieder zu erkennen, während der Pië-König den russischen Zaren, Carreau-König den Herrscher Italiens und Herz-König den König Leopold von Belgien vorstellt. Die vier Damen sind ebenfalls die ausgesetzten Porträts von den hohen Gemahlinnen der obengenannten Monarchen, und die Buben tragen die unverkennbaren Jüge-Jäger-Premier-Minister. Die übrigen Karten sind mit sehr hübschen farbigen Verzierungen ausgestattet. Dieses ebenso schöne wie eigenartige Geschenk soll den Herzog, der ein vorzüglicher und leidenschaftlicher Whist-Spieler ist, in bobem Maße erfreut haben.

Feuilleton.

Danziger Stadttheater.

Gestern Abend verabredeten sich die Schlieren mit der Aufführung des Stückes „Der Herrgottsschnihler von Ammergau“, welche auf dem Theaterzettel als Benefit für Herrn Kauer Terofal bezeichnet war. Das ausverkaufte Haus kargte nicht mit äußerst lebhaftem, immer wiederholtem Beifall für die vorzüglichen künstlerischen Darbietungen. Wenngleich das Stück, welches nach dem Muster Ansgers von Ganghofer zusammen mit Franz Neubert verfaßt ist, auch sein berühmtes Vorbild nicht erreicht, zumal ihm die geschlossene Handlung fehlt und diese noch oft durch die zu stark in den Vordergrund tretenden Volksszenen unterbrochen wird, so üble es doch dank dem vortrefflichen Einzel- und dem exakten Zusammenspiel eine bedeutende Wirkung aus; hier ist jeder Mitwirkende eben das, was er sein soll, ein wirklicher Baier aus dem Hochlande, ein Mensch von Fleisch und Blut, er spielt sich selbst und das in künstlerisch seiner Art, so daß man eben verästzt, daß man nur ein Spiel vor sich hat. Das Stück ist bereits in

Wahlen handelt, daß es die kleineren Partei-unterschiede bei Seite seßend alle Kräfte zusammensetzt und in den Dienst der gemeinsamen Sache stellt. Seht gar noch Hader zu schüren, heißt den Liberalismus morden.

Ein Vorkämpfer der zweijährigen Dienstzeit.

Wir haben schon vorgestern in einem besonderen Artikel den Lebendigen des Parlamentariers und Historikers Beihke geschildert, der heute vor hundert Jahren das Licht der Welt erblickte, und wollen diesen Ausführungen noch hinzufügen, daß derselbe als Mitglied der großen liberalen Opposition im Anfang der sechziger Jahre ein warmer Verfechter der zweijährigen Dienstzeit und der Landwehr gewesen ist. Die zweijährige Dienstzeit, für welche Heinrich Beihke als einer der ersten Militärs eintrat, ist heute erreicht. Dieses Andere, was er erstrebt hat, ist noch zu erreichen. Sein Wirken ist ein leuchtendes Vorbild von Vaterlandsliebe, Selbstlosigkeit und Gerechtigkeit. Auf dem Friedhofe zu Köslin in P. ist über seinem Grabe ein Denkmal errichtet, bei dessen Enthüllung am 10. März 1868 der dortige Oberprediger Wagner das Wirken von Heinrich Beihke in erhabenden Worten feierte: „Es giebt“, so sagte er, einen Patriotismus, dem die sitzliche Grundlage fehlt. Das ist der Patriotismus dessen, der das Vaterland liebt, nur weil es ihn mit seinem Glanze bestrahlt, seinen Sonderinteressen dient. Dieser Patriotismus erniedrigt das Vaterland, er hält nicht stand, wenn der Verkünder steht, der Mächtige droht und schrekt. Wie wohlgthuend dagegen der Patriotismus, der selbstlos ist und opferstrebig, ernst und mild, entschieden und weitherzig, gerecht und schonend. Ein holdler Patriot war der Mann, der unter diesem Hügel schlief. Ihm galt das Wort: „Über Alem das Vaterland!“ und so diene denn dieses Denkmal dem Einschlafenen und dennoch Lebenden zur Anerkennung, dem vaterländischen Sinn und Streben zur Erinnerung und den Herzen aller Nahenden zur Mahnung!“

Prozeß Zola.

Auch der gestrige siebente Tag hat für Zola entschieden günstig abgeschlossen; die Wahrheit ist auf ihrem Wege wieder ein paar Schritte vorwärts gekommen, so sehr auch der Gerichtshof und der Vertreter der Anklage bestrebt bleiben, sie zu unterdrücken. Mit den Aussagen, welche der frühere Justizminister Trarieu und der Schriftsachverständige Lefèvre machten, hat in gewissem Sinne eine Revision des Dreyfus-Prozesses begonnen, wenn man noch die Erklärung des Vertheidigers des Capitains Dreyfus vom Sonnabend hinzunimmt, daß das Urteil des ersten Kriegsgerichtes unter dem Eindruck eines Beweistückes zu Stande gekommen ist, von dem weder der Angeklagte noch sein Vertheidiger Kenntnis erhalten hatten.

Wir sehen jetzt den telegraphischen Bericht in unserer heutigen Morgennummer fort, bei dem leider durch Versehen des Sprechers ein störendes Versehen passiert ist. Wie der aufmerksame Leser wohl bereits gemerkt haben wird, gehört das Stück auf der zweiten Spalte der zweiten Seite von den Worten „Niemand kann so wie ich bedauern“ (Zeile 32) an bis zum Schluss der Spalte unter den Prozeß Zola.

Die Vernehmung des Schriftsachverständigen Bertillon nimmt noch eine geraume Zeit in Anspruch. Der Vertheidiger Clemenceau fragt den Generalstaatsanwalt, ob er den Zeugen nicht auf Grund des Gesetzes zur Antwort zwingen kann. Der Generalstaatsanwalt rüft sich nicht und bewahrt absolutes Stillschweigen. Bertillon wiederholt: „Ich kann keine Antwort geben.“ Präsident: „Es ist unnötig, sich weiter zu bemühen.“ Labori: „Haben Sie den Bordereau der Esterhazy-Affäre gesehen?“ Keine Antwort. Präsident: „Sie können, daß Sie ihn nicht zum Sprechen bringen können.“ Labori: „Leider, ja! Aber wirkt uns Zeuge sagen, ob er das Esterhazy zugeschriebene Original — aus sehr seinem Papier — auf das hin Dreyfus verurtheilt worden ist, gesehen hat?“ Bertillon: „Darauf will ich mit „Ja“ antworten.“ Labori: „Endlich; das ist immerhin etwas. (Heiterkeit.) Wollen Sie uns gefällig sagen, ob die Schrift des Bordereau eine natürliche oder eine verstellte ist?“ Bertillon: „Ich kann darauf nicht antworten.“ (Wiederholtes Lachen.) Labori: „Nun wohl, meine Herren Gelehrten, Sie werden sich des Schweigens des Zeugen erinnern, der vor Ihnen wohl erklären will, daß Dreyfus schuldig ist, der aber nicht den Beweis für seine Erklärung beibringen will. Ich kann den Gelehrten sagen: Bertillon war der Hauptfachverständige, auf dessen Aussage hin Dreyfus verurtheilt worden ist.“ (Bewegung.) Bertillon zieht sich unter verschiedenen Kundgebungen des Publikums zurück.

Deputierter Hubbard erzählt, Bertillon habe auf seiner unabänderlichen Meinung beharrt, daß Dreyfus in der That der Schuldige sei. Als ich jah, sagt Hubbard, daß man Esterhazy der Urheberschaft des Bordereaus beschuldigte, begab ich mich zu Bertillon und teilte ihm meine Zweifel wegen der frappanten Ähnlichkeit der Schriften mit; ich sagte zu ihm: „Hast du die Schrift Esterhazys gesehen und kannst du wissenschaftlich beweisen, daß das Bordereau nicht von ihm ist?“ — Er erwiderte: „Ich will diese Schrift des Majors nicht sehen; er ist der Strohmann der Juden. Esterhazy wird übrigens schließlich gestehen; aber die Revision vornehmen, das wäre die sozialen Revolution, das aber darf nicht sein. Dreyfus ist der einzige Schuldige, ich bin davon sicher.“ Hubbard fügte hinzu, daß in einem Gespräch über den Dreyfusfall mit seinem Collegen in der Kammer, General Yung, dieser zu ihm sagte, daß das, was in den Büros des Kriegsministeriums geschehen, abschrecklich sei. (Anderuernde Bewegung.)

Hieraus wird Yves Guyot vernommen. Derselbe sagt aus, daß Bertillon in einer Unterhaltung über die Dreyfusfrage zu ihm gesagt habe, Dreyfus habe seine Schrift verändern müssen, um das Bordereau zu schreiben. (Bewegung.) Zeuge sagt hinzu, der Esterhazy-Prozeß sei eine Parodie auf die Juifus gewesen. (Bewegung.) In den Kreisen der auswärtigen Regierungen wisse man genau, was man von der Esterhazy-Affäre zu halten habe. Er — Zeuge — persönlich habe festgestellt, daß der Regierungskommissar beim Kriegsgericht über Esterhazy vielmehr die Haltung eines Vertheidigers als die eines Anklägers eingenommen habe. Zeuge wünscht sich Glück dazu, daß die ganze Sache sich in Übereinstimmung mit Zola befindet.

Es folgt die Vernehmung des Schriftsachverständigen Lefèvre.

Er erklärt, man habe mit allerhand Rücksichten ein Facsimile des Bordereaus hergestellt, um es der Schrift Esterhazys ähnlich zu machen. „Ich bin Grauer und Kenner genug, um mich nicht täuschen zu lassen.“ Lefèvredes erzählt dann, Crémieu-Damain, ein von der Familie Dreyfus zu Ratze gelegener Graphologe habe eines Tages die Frage an ihn gerichtet: Wieviel wird Ihnen Ihre Dreyfus-Geschichte einbringen? Darauf habe er geantwortet: 200 Franken. Nun, habe ihm Crémieu-Damain dann erwidert, die könne Ihnen viel mehr einbringen, 100 000 oder

200 000 Franken. Darauf habe er, Zeuge, sich enttäuscht abgewendet. Präsident: „Um Ihre Aussage kurz zusammenzufassen, so ergibt sich daraus, daß Ihre Schlussfolgerungen zu Ungunsten Dreyfus ausgesprochen waren und man Ihnen eine ansehnliche Summe bot, um einen von Ihrer Ansicht abweichenden Bericht zu erhalten.“ Zeuge: „So glaube ich es aufzufassen zu müssen.“

Justizminister Trarieu erklärt: Lefèvre sprach zu mir von der Affaire Dreyfus zu überzeugen, an welcher ich zweifelte, seit ich davon sprechen gehört hatte, daß von einem geheimen Schriftstück dem Kriegsgericht mitgetheilt worden sei, ohne Wissen des Angeklagten und seines Vertheidigers. Einige Zeit später, im Juni 1897, zeigte mir Lefèvre sein Atenblatt über die Angelegenheit, um, wie er sagte, alle meine Zweifel zu beheben. Ich prüfte alle Schriftstücke auf das genaueste. Wie erstaunt war ich über die Ungleichheit der Schrift, während doch Dreyfus eine regelmäßige Handschrift schreibt. Auf meine Einwürfe erwiderte Lefèvre, der Vertheidiger habe mit Absicht seine Handschrift verändert. Zeuge hebt die Widersprüche hervor zwischen den Zeugenaussagen Lefèvredes hinsichtlich des Bordereaus und den Erklärungen, welche derselbe ihm früher über denselben Bordereau gegeben habe.

Schriftsachverständiger Charavay.

Labori fragt: „Würden Sie einen Menschen nur auf ein einfaches Schriftsachverständigen-Urteil hin verurtheilen?“ Charavay: „Niemals in meinem Leben.“ Nach Charavay wird

Schriftsachverständiger Pelletier

ausgerufen. Aus der Darlegung des Zeugen ergibt sich, daß der Bordereau ganz allgemeine Analogien und Schriftähnlichkeiten anfülle und nichts zu dem Schluß berechtheite, daß der Bordereau der einen oder der anderen der verbürgten Personen zugeschrieben sei.

Darauf wurde die Sitzung vertagt. Das Publikum ging ohne Ruhesitzung auseinander. Auch Zola und sein Vertheidiger Labori konnten unbekümmert hinausgehen. Die Polizei hatte die Umgebung des Justizpalastes geräumt. Einige Neugierige, welche sich in Läden geflüchtet hatten, begrüßten die Offiziere beim Verlassen des Gerichts mit Zurufen. Das Fuhrwerk Zolas verließ den Platz, ohne daß es dabei zu einer Kundgebung kam.

Auf telegraphischem Wege gingen uns heute noch folgende Meldungen zu:

Paris, 15. Febr. (Tel.) Dem „Matin“ zufolge beabsichtigen mehrere Senatoren, angesichts der im Prozeß Zola erfolgten Enttäuschungen über die Dreyfus-Angelegenheit demnächst zu interpellieren. Die „Libre Parole“ veröffentlicht eine Erklärung ihres Mitarbeiters Papillaud, in welcher Jaurès wegen seiner gestrigen Aussagen des Meineids beschuldigt wird. Da Jaurès trotzdem dabei bleibt, Papillaud hätte tatsächlich die ihm von Jaurès im Prozeß Zola zugeschriebenen Äußerungen über Esterhazy gethan, so hat Papillaud Jaurès seine Zeugen geschickt.

Im englischen Unterhause

Kam gestern eine Reihe von Fragen der äußeren Politik zur Sprache. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Europa erklärte, er kenne nicht die Umstände, unter denen König Mwanga von Uganda das deutsche Gebiet verlassen habe, er wisse nur, daß er es verlassen hat. Die Frage der Grenzen zwischen Abyssinien und der britischen Einfußspäride in Ostafrika bleibe späterer Erörterung vorbehalten. Die Regierung beabsichtige, einen individuellen Offizier als Vertreter der Königin am Hofe des Negus Menelik zu ernennen, um mit demselben zu verhandeln, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet. Auf eine Anfrage erklärte der erste Lord des Schatzes Balfour, er würde gern ein internationales Abkommen über die Währungsfrage sehen, aber er habe der Information, die das Haus über diesen Gegenstand schon besitzt, nichts hinzuzufügen.

Über eine Erklärung des Staatssekretärs Hamilton wird uns auf telegraphischem Wege noch gemeldet:

London, 15. Febr. (Tel.) Der Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton, vertheidigte die Politik der Regierung. Eine Vorräts-Politik sei notwendig in Folge des Vordringens Russlands in Central-Asien und in Folge der Verträge mit dem Emir von Afghanistan. Aber möge nur die Vorräts-Politik richtig oder unrichtig sein, beide Parteien seien verantwortlich dafür. Was die Zukunft betreffe, habe England, während es bemüht sein müsse, freundliche Beziehungen mit den Bergstämmen herzustellen, auch die Pflicht, seine Gewalt über die Straßen aufrecht zu erhalten. Fowler meinte, Englands Politik an der indischen Grenze sollte eine Politik der Concentrirtung sein. Die größte Gefahr, welche die Nordwestgrenze bedrohte, sei die Politik des aggressiven Militarismus.

Reichstag.

40. Sitzung vom 14. Februar.

Am Tische des Bundesrates: Nieberding, Graf Posadowsky, v. Podbielski.

Das Haus berath heute in erster Lesung die Novelle zur Concursordnung in Verbindung mit einem ebenfalls die Abänderung der Concursordnung betreffenden Antrag Rintelen.

Abg. Rintelen (Centr.) begründet seinen Antrag, indem er ausführt, er sei im ganzen mit der Vorlage einverstanden; dieselbe gebe aber nicht weit genug, sie siehe nur die Consequenzen aus dem bürgerlichen Gesetzbuch, während sein Antrag noch weitergehende Abänderungen bewecke. In der Vorlage sei die sozialpolitische Seite des Gegenstandes nicht genügend berücksichtigt. Die bisherige Concursordnung macht das Concursverschaffung zu leicht, indem die bloße Zahlungsfähigkeit die Anmeldung veranlassen kann. Die Concursordnung geht von dem Grundsatz aus, daß der Concurs ein Unglück sei; sie berücksichtigt nicht, daß vielfach auf sroide Weise Co-curse angemeldet werden. Auch die Regierungsvorlage halte an diesen Fehlern fest. Redner beantragt Verneinung der Vorlage an die 6. Commission.

Abg. Bassemann (nat.-lib.) schließt sich diesem Antrage an. Reuter ist im allgemeinen mit dem Antrag Rintelen einverstanden. Ueber einige Abänderungen des Entwurfs, die sich als notwendig erweisen, würde man sich in der Commission hoffentlich verständigen. So z. B. hätten sich verschiedene Handelskammern für die Erschwerung des Zwangsvergleichs ausgesprochen, wogegen der Entwurf sich ablehnend verhalte.

Abg. Samy (Reichsp.) bedauert, daß die verbündeten Regierungen den gegenwärtigen Zeitpunkt für ungeeignet halten, um auf diesem Gebiet weitgehende Reformen einzunehmen. Es wäre viel richtiger gewesen, den Zeitpunkt des bürgerlichen Gesetzbuchs auf fünf Jahre hinauszuschieben, dann hätten wir Zeit und Muße gehabt, weitgehende Reformen auf dem Gebiet der Civilprozeßordnung und Concursord-

nung, die dringend notwendig sind, zum Abschluß zu bringen. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, müssen wir uns große Reformen auferlegen und müssen uns bemühen, eine Verstärkung mit den verbündeten Regierungen auf diesen Gebieten zu erzielen, damit Richter und Volk einigermaßen Zeit haben, sich mit diesen Anträgen vertraut zu machen. Redner schließt sich dem Antrag auf Überweisung an die 6. Commission an.

Abg. Singer (soc.) zieht den Gesetzentwurf dem Antrag Rintelen vor. Durch den Antrag werden die kleinen Gewerbetreibenden, die ohne Verschulden in Concurs gerathen, mehr geschädigt, als es der Antrag selbst beabsichtigt.

Abg. v. Buchta (cons.) erklärt sich mit der Vorlage einverstanden. Auch der Antrag Rintelen enthält wertvolle Anregungen, über die man in der Commission weiter verhandeln könnte.

Der Antrag Rintelen wird an die 6. Commission verwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der Staatsberathung bei den Sitzungen aus Bölen und Verbrauchsteuer.

Abg. Dr. Barth (kreis. Vereinig.) weist auf einen Fall hin, wo ostasiatische Seide bei der Einführung nach Deutschland verzollt werde, dann zur Verarbeitung nach England und Frankreich gehe und auf dem Rückweg nach Deutschland zum zweiten Male verzollt werden müsse.

Director im Reichsgerichtamt Rörner erwidert, die Beschwerden bezüglich des Seidenpolys hätten zu Verhandlungen zwischen den betreffenden Ressorts geführt, die aber noch nicht abgeschlossen seien.

Abg. Aichbächer (Centr.) geht auf die Handelsverträge ein und bittet um sorgsame Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen bei Abschluß der neuen Verträge.

Abg. Hammacher (nat.-lib.) äußert sich ebenfalls zu den Handelsverträgen, indem er gegen Auslassungen anderer Redner in früheren Debatten polemisiert.

Staatssekretär Frhr. v. Thielmann erwidert auf die Ausführungen des Vorredners, daß eine Auskunftsvertheilung über Zollfragen an jeden unbelasteten Dritten, wie Herr Hammacher wünsche, zu großen Unzuträglichkeiten führen würde. Die Zuweisung so komplizierter Fragen, wie die Zollfragen, an den Richter erster Instanz, was Hammacher ebenfalls wünsche, werde nicht eine Rechtsseinheit, sondern eine Rechtsvielheit schaffen. Eine einheitliche Instanz wäre ja im Prinzip denkbar, aber nicht durchführbar, so lange in der Verfassung Bestimmungen beständen, wonach die Einzelstaaten die Erhebung und Verwaltung der Zölle zu beauftragen hätten.

Abg. Graf Stolberg (cons.) wünscht einen einheitlichen höchsten Gerichtshof zur Entscheidung von Zollfragen und betont, daß unser Zolltarif veraltet sei. Staatssekretär Frhr. v. Thielmann entgegnet, der jetzt im Reichsgerichtamt vorbereitete Zolltarif werde den modernen Anforderungen entsprechen.

Abg. Tritsch (Centr.) sagt, die amtliche Auskunftsvertheilung müsse auch für dritte Personen zugänglich sein. Am besten wäre es, wenn alle Zollfragen durch eine einheitliche Einrichtung entschieden würden. Er fragt an, ob in dieser Hinsicht der Anregung des Reichstags folge gegeben sei.

Staatssekretär Frhr. v. Thielmann erwidert, daß die Verhandlungen im Gange seien, aber noch zu keinem Ergebnis geführt hätten.

Abg. Meyer-Danzig (Land (Reichsp.)): Die Aufhebung der Zollcreditie, die 7 Millionen jährlich ausmachen, ist seit Jahren von uns angeregt. Dabei würden auch die kleinen Mühlen nicht schlecht fahren. Dürfen meine Freunde auf eine Erledigung der Angelegenheit in ihrem Sinne rechnen?

Staatssekretär Frhr. v. Thielmann: Dem Abgeordneten Meyer-Danzig erwidere ich, daß an dieser Stelle kein Zweifel darüber gelassen ist, daß wir das Interesse der Landwirtschaft hinter keinem anderen zurücklassen. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, so berechnet er den Zinswert des veralteten Zolltarifs auf rund 7 Millionen Mark im Jahre. Das stimmt nicht mit den vom Reichsgerichtamt angestellten Berechnungen. Danach ergeben sich für die Mühlen in Preussen 105 000 Mark, im ganzen Reich 150—160 000 Mark, für den Übergang in Transfänger im Durchschnitt der Jahre 1895 und 1896 etwas über 147 000 Mark und schließlich für die Eingangszölle von Getreide und Mühlenprodukten wieder im Durchschnitt der Jahre 1895/96 rund 850 Mark, eingeschlossen wenig über 1 Million und nicht die Ziffer von 7 Millionen Mark.

Abg. Richter: Unser Antrag, welcher die Aufhebung der Bestimmung des Margarinegesetzes in Betreff der getrennten Räume beweckt, wird leider, da es ein Gesetzentwurf ist, schwerlich vor dem 1. April, an welchem Tage diese Bestimmung in Kraft tritt, alle drei Sitzungen hier präsent. Wir bedauern es, können es aber nicht ändern. Um so wichtiger ist es für die Kaufleute zu erfahren, was unter getrennten Räumen zu verstecken ist. Bisher hat man es abgelehnt, darüber eine Erklärung abzugeben und auf die Entscheidung der Gerichte zu verzweien. Hat der Bundesrat die Absicht, vor dem 1. April in dieser Beziehung etwas zu thun?

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, das Margarinegesetz definiere nicht, was man unter „getrennten Verkaufsräumen“ zu verstehen habe, weshalb der Reichshandelskantor den Regierungen den Vorschlag gemacht habe, einheitliche Grundsätze über getrennte Verkaufsräume aufzustellen. Diese würden am 1. April bekannt gegeben werden.

Abg. Graf Limburg-Stirum (cons.) tritt für eine Erhöhung der Zölle auf Fahräder ein im Interesse der Erhaltung dieser aufblühenden Industrie.

Abg. Dr. Barth (kreis. Vereinig.): Nach den Ausführungen des Grafen Limburg sollte man annehmen, daß die deutsche Fahrradindustrie durch die Concurrenz des Auslands ist sie gezwungen worden, von vornherein ein so concurrenzfähiges Fabrikat herzustellen, daß es nicht nur im Innern die ausländische Concurrenz bestehet, sondern auch außerhalb des deutschen Marktes concurrenz kann. Das zeigt, wie wichtig es ist für die gefundene Industrie, daß sie nicht verdeckt wird durch unmäßigen Schutz. Dazu kommt noch, daß bei einem solchen Fabrikat einem Verkehrsmittel, der Geschäftspunkt des Konsumenten auch zu berücksichtigen ist.

Es liegt wesentlich im allgemeinen Interesse, daß die Leute in den Stand gesetzt werden, die Fahräder zu billigen Preis zu bekommen. Mir erscheint ein erhöhter Zoll demzufolge höchst unwirtschaftlich.

Abg. Graf Limburg-Stirum (cons.): Ist der Ansicht, daß es sich bei solchen Angelegenheiten nicht bloß um das Interesse der Konsumenten, sondern auch der Arbeitnehmer und der Fabrikanten handle. Nach einer weiteren Debatte wird der Titel 2 erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr.

Deutschland.

N. C. Berlin, 14. Febr. Von einer Reihe von Zeitungen wird die Nachricht verbreitet, daß die Angelegenheit der Wahl des Festortes für die deutschen Nationalfesttage um deswegen eine neue Wendung genommen habe, weil die kleinen Plätze Büdesheim, Goslar und die Gegend um den Aßhäusern herum zur Aufbringung der erforderlichen Mittel beabsichtigt. Die Staatsregierung hat Insassen zu untersuchen. Danach hat denn auch der Provinzial-Ausschuss bisher verfahren. Die dabei gemachten Erfahrungen haben ihn indes davon überzeugt, daß der Landtagsbeschuß in der Form der provinziellen Unterstützung einer Erweiterung bedarf. Die Staatsregierung hat Insassen grundsätzlich ausgelöschen. Sie aber infolge entgegenkommend gezeigt, als die Übernahme von Insassen seitens der Provinz kein absolutes Hindernis für die Bewährung einer Staatsbeihilfe bilden solle. Nach der Ansicht der Staatsregierung sprechen gegen Insassen nicht nur etatsrechtliche Bedenken

diesen Ort wesentlich herabgehen würden, wenn

Gestaltung staatlicher Leistungen auf eine lange Reihe von Jahren), sondern auch wirtschaftliche Rücksichten, weil die Zinsgarantien ein unvorteilhaftes Wirtschaften mit den zum Bau verwendeten Kapitalien begünstigen und überhaupt wenig Ansporn zu sparsamer Verwaltung bieten. Der Provinzial-Ausschuss hat die Richtigkeit dieser Gründe anerkannt und wird deshalb dem Provinzial-Landtag folgenden Antrag zugehen lassen:

1. der Landtagsbeschluss vom 6. März 1896, betreffend die Unterstüzung von Kleinbahnenunternehmungen durch Übernahme von Zinsgarantien, bleibt bestehen;

2. der Provinzial-Ausschuss ist auch ermächtigt, in geeigneten Fällen den Provinzial-Verband an einem Kleinbahnenunternehmen durch Übernahme von Aktien, Geschäftsanteilen oder durch Kapitalsbeiträge in sonst geeigneter Form bis zu einem Viertel des Anlagekapitals, abhängig der Kosten für Grunderwerb und Nutzungsverhältnisse, zu beteiligen;

3. dem Provinzial-Ausschuss werden zur Bewilligung von Beihilfen nach Maßgabe des Beschlusses ad 2 eine Million Mark zur Verfügung gestellt.

* [Verhaftung einer Dame.] Das Berliner „Al. Journal“ meldet, wie uns heute telegraphiert wird, folgenden Vorfall:

In Berlin im „Hotel Monopol“ wohnt seit drei Tagen der Rittergutsbesitzer Baron L., der mit einer Dame aus einer der angesehensten Danziger Familien verheirathet ist; der Baron, der einem der vornehmsten Cavallerie-regimenter angehört, wurde wegen eines Aneichenbruches von Prof. Bergmann behandelt. Gestern Vormittag machte seine Gattin mit ihrem Tochterchen und der Gouvernante eine Ausfahrt. Als sie in der Leipziger Straße die Drosche verließ, trat ein Schuhmann auf sie zu und erklärte sie für verhaftet, weil sie eine gesuchte Schwindlerin aus Pest sei. Die Dame, welche sofort die Gouvernante nach dem Hotel schickte, musste, von einer großen Menschenmasse begleitet, dem Schuhmann nach der Polizeiwache in der Charlottenstraße folgen, wo sie einem eingehenden Verhör unterworfen wurde. Nach einer halben Stunde erschien ihr Gatte, worauf die Baronin freigegeben wurde. Der Baron hat sich sofort beim Polizeipräsidenten beworben. Der Commandeur des Regiments, dem der Baron angehört, ist Flügeladjutant des Kaisers und wird die Sache dem Kaiser persönlich vortragen.

* [Von der Weichsel.] Laut Telegramm aus Marienwerder ist dasselbst der Weichselprojekt wegen starken Schlamm- und Grundstreichens vollständig unterbrochen.

* [Einsichtung des Feuerschiffes „Adlergrund“.] Das südlich von Bornholm stationierte Feuerschiff „Adlergrund“ ist wie der Capitän eines hier gestern eingekommenen Dampfers mithilft, seit Sonnabend eingezogen. Es bildet gerade dieses Feuerschiff für alle den Nordostsee-Kanal benützenden Schiffe ein notwendiges und zuverlässiges Anzeigungszeichen, da die den Kanal benützende Fahrzeuge südlich Bornholm geben. Es läge darum nicht allein im Interesse einer größeren Benutzung des Nordostsee-Kanals, sondern auch im Gesamminteresse der Geschäftswelt, daß sich vielleicht der hiesige Nautische Verein oder der Geschäftsverein mit der Angelegenheit weiter beschäftigt, da der sonst übliche Grund zur Befestigung solcher wichtigen Merkmale, Eisbildung, bei den leichten Winterungsverhältnissen ausgeschlossen erscheint.

* [Familiale Personalnachrichten.] Der Regierungsrat v. Kannemurff in Frankfurt a. O. ist der Regierung in Königsberg überwiesen, der bisherige Regierungs-Assessor Dr. v. Aries zum Consistorial-Assessor ernannt und dem Consistorium der Provinz Ostpreußen überwiesen. Der seitherige Kreiswundarzt Dr. v. Trzaska in Miloslaw ist zum Preisphysicus des Kreises Regenwalde mit dem Amtstitel in Labes ernannt, der mit Wahrnehmung der Militär-Intendantenstelle des 1. Armeecorps beauftragte Militär-Intendantur - Rath Helmke zum Militär-Intendanten ernannt worden.

* [Personalien bei der Justiz.] Der Referendar Hugo Hahn ist zum Gerichtsassessor ernannt, der Rechtskandidat Gottfried Poels aus Dansburg zum Referendar ernannt und dem Amtsgericht dasselbst zur Beschäftigung überwiesen.

Der Sekretär Burwark bei der Staatsanwaltschaft in Danzig ist auf seinen Antrag mit Pension in den Ruhestand versetzt worden.

* [Böser Unfall.] Mehrere halbwüchsige Burschen rannen gestern gegen Abend in der Gegend der Breitgasse und Dammecke eine ältere Dame vermohten an, daß dieselbe hinstürzte und einen Bruch des rechten Oberarmen erlitt, weshalb sie mit dem südlichen Sanitätswagen nach dem chirurgischen Lazarett in der Sandgrube gebracht werden mußte. Drei als der That verdächtige Burschen wurden zwar verhaftet, sie konnten aber ihre Schuldlosigkeit nachweisen, weshalb sie sofort entlassen wurden.

* [Schwurgericht.] In der heutigen leichten Sitzung des gegenwärtigen Schwurgerichts begann die Verhandlung gegen den Hotelier Heinrich Christian Holstein von hier, dessen Ehefrau Anna Marie, geb. Bernhard, und deren Schwester, die Wirthshäuserin Lina Bernhard aus Holberg, wegen Weinledes und betrügerischer Bankrotterei und Betriebe hierzu. Holstein ist früher Pächter des hiesigen Hotels „Union“ am Holzmarkt gewesen; er erliefte deute im Frach und gekrönt mit Orden — er besitzt das Eisernes Kreuz und den russischen St. Georgsorden 3. Klasse — auf der Anklagebank. Er hat die leichten Feldzüge bei den Hularen mitgemacht und ist — er war aus Russland 1870 zum Kriege herbeigeeilt — mehrfach zum eisernen Kreuze 1. Klasse vorgesetzten und auch dem Kaiser vorgestellt worden. Da dem Regiment kein eisernes Kreuz 1. Klasse mehr zur Verfügung stand, konnte er nur die 2. Klasse erhalten.

Vor in diese Verhandlung eingeschritten wird, erinnerte sich ein Zwischenfall, der in den Annalen des hiesigen Schwurgerichts ziemlich vereinzelt dasteht. Herr Landgerichtsdirектор Schulz beprach als Vorleser in knappen Worten einen der in der abgelaufenen Periode ergangenen Sprüche der Geschworenen. Der Vorlesende dankte den Geschworenen für ihre Bühnentaltung; mit den Sprüchen sei der Gerichtshof in allen Fällen einverstanden gewesen, mit Ausnahme des mit Freispruch endigenden Falles gegen die Maurerfrau Byczkowski aus Carthaus. Hier sei der Gerichtshof einstimmig der Ansicht gewesen, daß die Geschworenen sich zum Vortheil der Angeklagten geirrt hätten. Der Vorlesende habe das Recht, die Sache an ein anderes Schwurgericht zu überweisen, wenn sich nach der einstimmigen Ansicht des Gerichtshofes die Geschworenen zum Nachteil des Angeklagten geirrt hätten, also habe er auch das Recht und vielleicht die Pflicht, im entgegengesetzten Falle den Spruch zur Sprache zu bringen. Irrt sei menschlich; er versteht es nicht, wie einige der Herren Geschworenen in einer Bemerkung, die von ihm nach dem Urtheil zu der Angeklagten gemacht wurde, nur diese betraf und garnicht den Spruch der Geschworenen treffen sollte, sich verletzt fühlen könnten.

Dann wurde in die Verhandlung der Holstein'schen Sache eingetreten, Holstein ist in seinem Leben weit herumgekommen. Nachdem er in Russland als Postbeamter des Kaiser in Stellung gewesen war, kam er mit einigen Kapitalien nach Deutschland zurück und machte sich in Holberg und dann nach einigen Jahren wieder in Köslin selbständig, indem er Restaurants übernahm. In Köslin stellte er viel Gold in das Geschäft und das von ihm gekaufte Grundstück hinein und kam zum ersten Male Anfang der 1880er Jahre in Zahlungs-

schwierigkeiten, aus denen er bisher nicht wieder herauskam und die ihn heute auf die Anklagebank gebracht haben. Er ging nach Polen, dort war er nach einem halben Jahre jedoch bankrott, auch sein Grundstück in Köslin wurde subhastirt und plötzlich hatte er eine Schuldenlast von reichlich 80 000 Mark. Dann ging er weiter nach Leipzig, wo er als Kastellan eines der dortigen ersten Clubs sich ganz gut stand. Nun wollte er ein anderes Hotel übernehmen und verlor hierbei sein letztes. In dieser Zeit übernahm er ein Restaurant in Dt. Chau. Da er riskierte, von seinen Gläubigern stets wieder verfolgt zu werden, so ließ er sich von seinem Bruder, einem einfachen Chauffeur-arbeiter in Fürstenau bei Liegenhof, einen Generalvollmacht ausstellen, die ihm, da der Bruder nun in den Vorbergrunthal vorläufig vor weiteren Verfolgungen schützte.

Auch mit dem Restaurant in Dt. Chau ging es nicht recht und er nahm daher eine Stelle als Dekonom in dem Casino in Marienwerder an, in der er ganz gute Geschäfte gemacht haben will. Hier übernahm er dann im vorigen Jahre das Union-Hotel, aus dem er im Januar d. Js. auf Antrag des Kaufmanns Lichtenfeld ergriffen worden ist. Seine Verbindlichkeiten in allen diesen Städten betragen ein kleines Vermögen, in Köslin allein sind 71 Prozesse gegen ihn angestrengt worden; Zwangsvollstreckungen sind unzählige gegen ihn ergangen, in Danzig sind auch viele Prozesse gegen ihn entschieden und in zahlreichen Fällen ist es überhaupt nicht zur Ablage gekommen, da die Forderung doch nicht zu erhalten gewesen wäre. Holstein besteht auch nicht, daß seine finanziellen Verhältnisse in jeder Weise ruinirt gewesen sind. Er meinte, er habe mit seinen Hotelgründungen entzündet Unglück gehabt, aber es sei in seinem Gedanken so, daß er das, was er in langen Jahren an Schulden gemacht habe, beim Einschlagen eines Geschäftes in kurzer Zeit wieder einkönnen könnte. Was nun den Grund zur Anklage gegeben hat, sind nicht seine finanziellen Verhältnisse, sondern einige Schiebungen mit Möbeln, die in dem Jahre 1888 und 1889 vorgekommen sein sollen. Im Jahre 1888 befand er sich im Concours in Köslin und soll dort die ihm gehörigen Möbel zum Schein an Frau Lina Bernhard verkauft und sie so der Zwangsvollstreckung entzogen haben. Frau Lina Bernhard soll dann die ihr nicht zustehenden Rechte in einem Interventionsprozeß geltend gemacht haben. 1898 machte Holstein in Danzig Concours und hier soll er Möbel als Eigentum seiner Kinder der Zwangsvollstreckung entzogen haben. Schließlich wurde er am 11. Februar 1897 zum Offenbarungsdienst beim hiesigen Amtsgericht genährt und soll dabei verschwiegen haben, daß er Eigentümer der in den Jahren 1888 und 1898 zum Scheine hinterzogenen Möbel war. In diesem Verschweigen wird von der Anklage der Meinung gefordert.

Die Verhandlung gestaltet sich sehr umfangreich, denn alle Angeklagten stellen auf das entschiedenste ihre Schuld in Abrede. Mit dem Angeklagten wurden fast alle gegen ihn ergangenen Prozesse durchgegangen, deren Acten auf dem Tische des Vorsitzenden einen kleinen Berg bilden. Es muß aus diesen dem Angeklagten bewiesen werden, daß er sich seit langen Jahren in einem Zustand befindet, den das Gesetz mit dem Ausdruck „Jahngleichstellung“ bezeichnet. In Poten ist Holstein auch in Concours gewesen; die Passiva betrugen ca. 31 000 Mk., die Activa 957 Mk. Der Concurs wurde sofort wieder eingestellt, da die Klasse zur Deckung der Concurskosten nicht ausreichte und alle Gläubiger sind ausgesetzt. Das Haus des Angeklagten, das er in Köslin ausgebaut hatte, wurde subhastirt und brachte 75 000 Mk., während 115 500 Mk. darauf eingetragen waren. In Leipzig schwebten gegen ihn 21 Prozesse, 50 Stück Gerichtsvollzieher-Aczen sind von dort eingestellt worden, in Dt. Chau 8 Prozesse und 18 Gerichtsvollzieher-Aczen über Zwangsvollstreckungen, in Marienwerder vor dem Amtsgericht ebenso viele.

* [Lottterie.] Dieziehung der 3. Klasse der gegenwärtigen (198.) preußischen Lotterie wird in den Tagen vom 18. bis 22. März stattfinden.

* [Veränderungen im Grundbesitz.] Es sind verkauft worden die Grundstücke: Steinweggasse Nr. 41 und 42 von dem Kaufmann Moritz Jacobson an die Witwe Clara Düring für 120 000 Mk.; Giebeldreieck Nr. 8 von der Witwe Geschnicki an den Baugewerbsmeister Gustav Kirch für 33 000 Mk.; Stadtgasse Nr. 49 von den Zimmermeistern Wilhelm und Ernst Emil Peters an den Zimmermann Karl Heinrich Peters für 10 000 Mk.; eine Parcella von 35 Ar 30 Quadratmeter von H. Petershagen Jr. 1204 vom dem Gastwirth Roehel an den Staat — Eisenbahnverwaltung — für 12 355 Mk.; Heubude Blatt 137 von der Witwe Neumann, geb. Schulz, an die Schuhmacherfrau Przehlewski, geb. Meloch, für 3000 Mk.

Aus der Provinz.

* [Oliva, 15. Febr.] Für das am Sonnabend, den 19. d. M., stattfindende große Winterfest des hiesigen Männergesangsvereins, das wieder in den Räumen von Thiersfelds Hotel abgehalten wird, sind diesmal ganz besondere Vorbereitungen getroffen. Herr Oberlehrer Schwarzer, der bewährte Dirigent des Vereins, hat für Eintrittskarten neuer Piècen gesorgt, neue komische Ensembleleinen, sowie ein größeres Theaterstück werden mit anderen Arrangements abwechseln und versprechen einen genügsamen Abend.

* [Sopot, 15. Febr.] In der gestrigen Sitzung erklärte die Gemeinde-Bvertretung sich zunächst solidarisch in Beitreß der gegen ein Mitglied der Badedirection angestrebten Civilklage, da das betreffende Mitglied lediglich im Auftrage der Badedirection gehandelt hat. Aus den weiteren Verhandlungen ist Folgendes hervorzuheben:

Der zweite Punkt der Tagesordnung, Bewilligung der Kosten für die thüringische Aufsicht über das „Schlangenhaus“, führte zu einer sehr lebhaften Debatte. Wie unseres Lesers erinnerlich sein wird, wurde nach dem Abgang des Thierarztes B. der damalige Hallenmeister W. mit der Leitung des Schlangenhauses betraut und auch angefordert. Mehrere Mitglieder der Gemeindevertretung wünschten jedoch, daß am Ort wieder ein Thierarzt zur Verfügung stehe. Da die Qualification des W. vor der Aufsichtsbehörde anerkannt und nur genügt wurde, daß die Oberaufsicht und die technisch-sanitätspolizeielle Kontrolle über das Schlangenhaus einem approbierten Thierarzt übertragen würde, welcher am Ort seinen Wohnsitz haben muß, beantragte der Gemeinde-Vorsteher, zu diesem Zweck einen approbierten Thierarzt neben freier Wohnung im Schlangenhaus eine Baurechtsänderung von 1000—1500 Mk. zu gewähren, um auch die Ausübung der Privatpraxis im hiesigen Orte nicht zu unterlassen. Dieser Antrag wurde schließlich mit 7 gegen 5 Stimmen angenommen. — Die Festsetzung der Dienstreisen und Reisekosten der Gemeindebeamten für Dienstreisen erfolgte dahin, daß die Sekretäre und Kassenbeamten 4,50 Mk. Tagessalär, Fahrkarte 3. Kl. und 1,50 Mk. Übernachtungsgeld erhalten, während die Gäste der Tagessalär für Amtsdiener auf 3 Mk. festgesetzt werden. — Die seit mehreren Jahren bereits im Vorbereitungssäumum befindliche Anlage einer Fußunterführung zwischen der Danziger und der Schulstraße hat nach einer Mitteilung der kgl. Eisenbadirection Danzig nur dann Aussicht zur Ausführung zu gelangen, wenn die Gemeinde die Hälfte der Kosten übernimmt. Da diese jedoch recht erheblich sind, erscheint die Angelegenheit aussichtslos. Herr W. Hoffmann will jedoch die Flinte noch nicht ins Horn werfen und beantragt die Absehung einer Petition an das Abgeordneten- und das Herrenhaus. Der Antrag wurde angenommen.

* [Schlachthaus.] In der vergangenen Woche sind im hiesigen Schlachthause geschlachtet worden: 2 Bullen, 6 Ochsen, 5 Kühe, 1 Fohre, 86 Schweine, 21 Rinder, 30 Schafe, 1 Ziege. Von auswärts wurden eingeführt: 2 Rinder, 6½ Schafe, 7 Rinder, 105 Allogr. Fleisch. Beim Schlachten wurden 8 Kinderlungen, 1 Kinder-

gekröse, 5 Schweinelungen wegen Tuberkulose. Die Einnahmen haben insgesamt 343,05 Mk. betragen.

W. Marienburg, 14. Febr. In den Ortschaften Cronnest und Thiergarthsfelde ist die Maul- und Klauenpest ausgebrochen und deshalb sind auch die Amtsbezirke Oberkerbswalde, Neuhoi und Elterwald in Elbinger Kreise auf 14 Tage gesperrt worden. In Neukirch-Höhe ist die Seuche erloschen.

Ebing, 15. Febr. (Tel.) Der Entwurf zum Rämmereihauptelat für unsere Stadt pro 1898/99 balancirt in Höhe von 1 136 857 Mark. Durch Communalsteuern sind 720 512 Mark auszubringen, 111 509 Mark mehr als im Vorjahr.

Bermischtes.

Frankfurt a. M., 15. Febr. (Tel.) Baron Ludwig v. Erlanger, portugiesischer, schwedischer und norwegischer Generalconsul, Chef des Bankhauses Erlanger u. Göthe, ist gestorben.

Petersburg, 15. Febr. (Tel.) Im Stadttheater zu Soroslaw hat der Regisseur Wassiljew dem Schauspieler Ivanow während der Vorstellung hinter den Coulissen den Dolch in die Brust gestoßen. Die Verleugnung ist anscheinend tödlich. Das Motiv soll Eifersucht sein.

Letzte Telegramme.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 15. Febr.

Im Abgeordnetenhaus stand heute die Interpellation Simola betreffend den Mangel an ländlichen Arbeitern in den östlichen Provinzen auf der Tagesordnung. Der Unterstaatssekretär Sterneberg erklärte, die Minister der Landwirtschaft und des Innern seien heute durch dringende Amtsgeschäfte am Erscheinen verhindert. Er sei ermächtigt, zu erklären, daß der Regierung die Klagen, auf welchen die Interpellation basire, bekannt seien; sie habe Berichte eingefordert, die aber noch nicht in vollem Umfange eingelaufen seien. Sobald das geschehen sei, werde das Material dem Staatsministerium zur Beschlusshafung zugehen. Unter diesen Umständen könne die Regierung heute die Interpellation nicht beantworten.

Es erfolgt die Beratung des Gesetzentwurfes über die Erhöhung des Grundkapitals der Creditgenossenschaftskasse. Die Abg. Grav (Centr.) und v. Bockelberg (cons.) treten für die Vorlage ein, indem sie die Wirksamkeit der Kasse loben. Die Abg. Lückhoff (freicons.) und Gattler (nat.-lib.) halten eine Prüfung in der Commission für nötig, um zu erkennen, ob die Verwaltung der Kasse auch stets solide und vorsichtig geführt sei. Abg. Gattler sagt, er kenne kaum einen Gesetzentwurf, der auf so unzureichender Grundlage geführt sei wie dieser.

Abg. Rügter (frei. Volksp.) bekämpft die Vorlage. Er sei seit 30 Jahren ein Freund des Genossenschaftswesens und er könne nur warnen, daß sie auf so schädliche abschließende Wege zu führen wie hier. Die Centralgenossenschaftskasse sei aus einem geschäftlichen Institut ein Wohlthätigkeitsinstitut geworden. Daß Abg. Grav das Institut löse, sei kein Wunder, deinetwegen wird von der Anklage der Meinung.

Berlin, 15. Febr. Der Kaiser hat heute vor dem Mittag der Sitzung des Kronraths präsidirt.

Madrid, 15. Febr. Der amerikanische Gesandte Woodfort stellte gestern dem Ministerpräsidenten Sagasta eine Note bezüglich des Schreibers des spanischen Gesandten in Washington Dupuy de Lome zu, in welcher von Sagasta verlangt wird, die den Präsidenten Mac. Añan beleidigten Ausdrücke zurückzunehmen. Der Ministerrath trat gestern Abend zusammen, um die Angelegenheit zu prüfen. Man glaubt, daß er beschlossen hat, dorthin zu antworten, die freiwillige Demission Dupuy de Lomes und die Ausdrücke, in welchen das betreffende Decret betreffend die Annahme der Demission abgesetzt sei, seien eine ausreichende Genugthuung.

Gereidezufuhr per Bahn in Danzig.

Danzig, 15. Febr. Inländisch 25 Daggow; 2 Gerste, 2 Hafer, 9 Roggen, 12 Weizen. Ausländisch 35 Waggons; 1 Bohnen, 3 Erbien, 10 Gerste, 13 Aleie, 2 Lupinen, 1 Mais, 3 Weizen, 1 Wicken, 1 Geradella.

Börsen-Depeschen.

Berlin, 15. Februar.

	Crs.s.14.	Crs.s.14.
Spiritusloco	42,30	42,00
—	—	4% innere
Petroleum	—	Türk. Adm. —
der 200 Pfd.	—	Anleihe . .
3½% Rms. A	104,10	104,00
3½% do.	104,00	104,00
3% do.	97,40	97,50
4% Coniol.	103,90	103,90
3½% do.	104,00	104,00
3% do.	98,10	98,10
3½% westpr.	101,20	101,25
Berl. Hd.-Gf.	172,50	172,50
Darm. Bk.	158,60	158,60
Danz. Priv.	—	—
Bank . .	141,50	140,25
Deutsche Bk.	209,70	209,50
Disc.-		

Familien-Nachrichten

Heute früh 1½ Uhr entschlief sanft nach längerem Leben unsere alte liebe Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester und Tante, Frau

Auguste Schmidt,

geb. Reichmann,
im 78. Lebensjahr, tiefbetrügt von
den hinterbliebenen.

Danzig, den 15. Februar 1898.



Kaiser-Oel.

(Wortschuh unter Nr. 16 691 Klasse 20 B.)
Anerkannt bestes u. sicherstes Petroleum

unerplodirbar

in Kannen à 5 Kilogr. Inhalt Mk. 1,60,
10 3,10,

frei ins Haus.

Zu haben bei:

Gustav Henning, Alst., Graben 111.
Albert Herrmann, Fleischergasse 87.
William Hirsch, Gartengasse 4.
A. Auwermann, Breitgasse 108.
Clemens Leistner, Hundegasse 119.
Oto Vogel, Weidengasse 39a.
Carl Beitan, Brodbänkengasse 11.
A. Schmidt, Milchhannengasse 11.
Kuno Sommer, Thornicher Weg 12.
Georg Schubert, Gr. Berggasse 20.
R. Witschner, Breitgasse 17.

(20216)

Nur Kannen mit Bleiverchluss leisten Gewähr für eines, unverfälschtes Kaiser-Oel.

A. Fast,

Langenmarkt Nr. 33–34, Langgasse 4.
Filiale: Zoppot, am Markt.

Den am 9. ds Ms. zu Ladymith, Natal, Südafrika, plötzlich erfolgten Tod meiner lieben Richter

Frau Dr. Anna von Stuckrad,

geb. Neitzel,

zeige ich hiermit tiefbetrübt an

Lina Romeyke.

Neustadt Wtr., 14. Febr. 1898.

(1983)

Gestern 1½ Uhr Vormittags entschlief sanft meine liebe Frau, unsere gute und jüngste Mutter, Großmutter, Schwester und Tante, Schwägermutter und Tante

Regiene Timm,

geb. Bürger,

im 76. Lebensjahr.

Dieses zeige ich tiefbetrübt an

Die hinterbliebenen.

Neufahrwasser, 15. Febr. 1898.

(4107)

Die Beerdigung des verstorbenen Rentiers

Heinrich Kowalski

findet am Donnerstag, den 17. Februar er., Vormittags 11 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem St. Johannis-Kirchhof statt.

Unterricht

Für einen ca. 6 Jahre alten Anhänger wird Heilnahme an einem (1973)

Vorbereitung-Zirkel

in Langfuhr

gefunden. Gest. nähere Angabe unter B. 747 an die Expedition d. Zeitung erb.

Vermischtes:

Während ich verreist bin, vertreten mich eiligst die Herren:

Dr. Friedlaender, Hundegasse 33,

8½–3–4 Uhr,

Dr. Adolf Wallenberg, Langen Markt 31, 8–9½, 3–4 Uhr.

Dr. Wallenberg sen.

Londoner Phönix, Feuer-Accuranz-Societät, gegründet 1782.

Anträge zur Versicherung von Gebäuden, Mobiliens, Waaren, Maschinen und Fabriken gegen Feuer-, Blitz- und Explosions-schäden zu festen billigen Prämien werden entgegengenommen und erhältst bereitwilligst Auskunft

E. Rodenacker,

Hundegasse 12.

C. Ziemssen's

Buch- u. Musikalienhändl.

Musikalien-Leih-

institut,

anerkannt gebiegene und reichhaltige Abonnements beginnen jeden beständigen Tag! Notitäten! Ansichts-lendungen bereitwilligst

Hundegasse 36.

Die

Gewinnlisten

weiter Klasse der

Schlesischen

Glasfass-Lotterie

sind erschienen und zu haben in der

Expedition der

"Danziger Zeitung".

Atelier

künstlicher Zähne,

Plombe etc.

Max Johl,

Specialist

für Zahn- u. Mundkrankheiten,

Langgasse No. 18.

Matjes-Heringe
und (1981)
Malta-Kartoffeln
empfiehlt
A. Fast.

Hochfeinen Cognac-Rum
nicht von Effen, nur aus
seinf. Dirén-Jamaica-Rum,
excl. Flasche von 1 Ml.
seinf. deutsch. Cognac,
kein unangenehm schmeck.
Effen-Cognac,
excl. Flasche von 1,20 Ml.
alte
Bordeaux-Rothweine,
excl. Flasche von 90 g.
Ober-Ungar-Weine,
süß und herb,
excl. Flasche von 90 g.
Alter Portwein,
excl. Flasche von 1,40 Ml.

R. Schrammke,
Hausbör 2,
Colonialwaren-, Wein-
Kunst- und Cognac-Haus.

Feinste Latselbutter,
tägl. frisch, p. 48 1,10 M. empf.
A. Setzke, Heil. Geitgasse 1.

Rieler Sprotten,
Rieler Bücklinge,
Räucherlachs,
Weichsel-Neunaugen,
Pommersche
Gänsebrüste
empfiehlt (4117)

Max Lindenblatt,
Heilige Geitgasse 131.

100 Briefbogen,
engl. Format, o. 40 g.
100 Umschläge,
dazu passend, o. 35 g
empfiehlt (1883)

Wilhelm Herrmann,
Langgasse 49.

Cotillon-Orden,
Cotillon-Touren,
auch leihweise, empfiehlt

Wilhelm Herrmann

Langgasse 49.

Herpinolseife
für Hautkrank!

Anerkannt beste

Schuh- und Heilseife.

enthalt mehrere seltene wirkende, abföhrt unschöne Desinfektionsmittel. Herpinolseife ist eine angenehm riechende Toiletteseife.

Herpinolseife überzeugt

auch selbst gegen Krankheitsübertragungen u. wir

heilen v. Schleimhauten

entfernen medizinisch Seifen,

wenn sie nicht auf einander

setzen, sondern auf fünnit-

liche Bakterien brennen ein-

ab.

Herpinolseife ist von dieser

einheitlich wissamen Eigenschaften

durch mittig und wohlbauend

im Gebrauch, sodass sie sehr bei

empfindlichen Personen und

anwendbar kann. Niemand

versäume daher mit der Her-

pinolseife einen Verlust zu

machen. Vorzüglich bei

Albert Neumann in Danzig.

An- und Verkauf
von städtischem
Grundbesitz,
Veteilung von Hypotheken,
sowie Baugelder
vermittelt (1855)

Julius Berghold,
Langenmarkt 17, I.

Danksagung.

Allen, die den Bazar für die Grauen Schwestern hierbei besuchten, der durch den erfreulichen Reingewinn von ca. 6500 Mark erzielt hat, durch Gaben oder durch thätige Beihilfe unterstützt, besonders aber den verehrten Damen, die dem Gelingen des Werkes so viel Mühe und persönliche Opfer gewidmet haben, sei hiermit der innigste Dank ausgesprochen!

Danzig, den 14. Februar 1898.

(2000)

Das Curatorium.

Nach Hela

fährt Donnerstag, den 17. Februar, ein Extratramper. Abfahrt Johannisthor 9½ Uhr Vormittags.

„Weichsel“ Danziger Dampfschiffahrt- und Seebad-Aktion-Gesellschaft. (1997)

Bier-Gross-Handlung

1998 von

N. Pawlikowski, Inh. M. Kochanski,

Hundegasse 120. Danzig. Fernsprecher 428.

empfiehlt

Rönigsberger Würbolderbräu in Gebinden. Sphons u. Flaschen.

Nürnberger Exportbier der Actien-Bierbrauerei v. H. Henninger

und Münchener Löwenbräu in Gebinden. Sphons, sowie

18 Flaschen 3 M.

Engl. Porter, Pale Ale, Maltbier, Gräber, stark mouslirend,

Giftartiges Maltbier, von ärztlichen Autoritäten empfohlen.

Meine Fuhrmeierei fahren jeden Freitag nach Neufahrwasser

und Sonnabend nach Langfuhr, Oliva und Zoppot.

Zu Festlichkeiten

empfiehlt feinste:

Tische, Stühle, Tischgedecke, Garderobenhalter, decorirte

Tafelservice, Alsenbedeckte, sämtliche Glas- und Porzellans-

geschirre, sowie Beleuchtungsgegenstände zu billigen Preisen.

Th. Kühl Nachflg.,

88 Langenmarkt 38, Ecke der Rüschnergasse.

(53)

Träger und Schienen

in allen Profilen und Längen
frei Baustellen,
Bahn oder Schiff hier.

Gewicht- und Tragfähigkeit-
Berechnung kostenfrei.

Ludw. Zimmermann Nachfl.

Danzig, Hopfengasse No. 109/110.



Vergnügungen.



Friedrich Wilhelm-Schützenhaus.

Mittwoch den 16. Februar:
Gesellschafts-Concert
zur Gedächtnisfeier des Todestages R. Wagners
(13. Februar 1883).

Wagner-Abend.

Direction: Herr C. Theil, Königl. Musikdirektor.)
U. A. Tannhäuser-Ouverture, Trauermarsch aus "Götterdämmerung", Tanz der Leh. tuben und Aufzug der Meisterfinger (um 1. Mal), Siegfrieds Rheinfahrt (um 1. Mal), Spinnnetz aus "Der fliegende Holländer" etc.

Anfang 7½ Uhr. Entrée 30 Pf., Lozen 50 Pf.
Schnerbilletts im Vorverkauf 2,50 M bei Herrn C. Biemans, Musikalienhandlung (G. Richter), Hundegasse 36, und Herrn W. Otto, Cigarrenhandlung, Mühlenstrasse, Hundegasse.
Bei Benutzung der Logenplätze sind Zuschlagsbillets an der Kasse zu lösen.

Geschäfts-Uebersicht

Mewe Credit-Gesellschaft Lueddecke & Obuch in Mewe pro 1897.

Ginnahme.	M	S
Aktion-Kapital-Conto	300 000	
Reservefonds-Conto	27 660	
Dividenden-Conto	21 080	
Lantème-Conto	2 688 76	
Efecten-Conto	2 917 75	
Mediel-Conto	3 565 218 90	
Cassa-Conto	4 040 284 93	
Conto-Corrent-Conto	17 067 05	
Provisions-Conto	930 48	
Jinen-Conto	67 728 48	
Depositen-Conto	771 587 45	
Bewinn- und Verlust-Conto	9 60	
Summa	8 837 093 40	

Ausgabe.	M	S
Mobilien-Conto	700	
Geschäftsunkosten-Conto	5 124 06	
Utenstücken-Conto	10 30	
Dividenden-Conto	21 000	
Lantème-Conto	11 194 01	
Efecten-Conto	47 917 75	
Mediel-Conto	4 254 500 16	
Cassa-Conto	4 052 807 18	
Conto-Corrent-Conto	102 411 12	
Jinen-Conto	21 839 92	
Provisions-Conto	2 10	
Depositen-Conto	319 586 80	
Summa	8 837 093 40	

Netto-Bilanz.

Activa.	M	S
Mobilien-Conto	700	
Mediel-Conto	689 281 26	
Cassa-Conto	12 522 25	
Conto-Corrent-Conto	85 344 07	
Efecten-Conto	25 000	
Summa	812 847 58	

Passiva.	M	S
Aktion-Kapital-Conto	300 000	
Reservefonds-Conto	30 000	
Depositen-Conto	452 000 65	
Dividenden-Conto	21 000	
Lantème-Conto	11 194 01	
bereits bezahlt	8 505 25	
Jinen-Reserve	7 352 18	
Summa	812 847 58	

Gewinn- und Verlust-Conto.

Debet.	M	S
An 7 % Dividende	21 000	
- Lantème-Conto	11 000	
- Geschäftskosten-Conto	5 124 06	
- Reservefonds-Conto	2 340	
- Gewinn- und Verlust-Conto	70	
- Jinen-Reserve für Depositen	7 352 18	
Summa	46 816 94	

Kredit.	M	S
Der Jinen-Conto	300 000	
Gesammt Jinen-Einnahme	67 728 48	
Ausgabe	21 839 92	
Provisions-Conto	928 38	
Summa	46 816 94	

Dortehende Bilanz und Gewinnberechnung ist durch die Generalversammlung vom 12. cr. genehmigt worden.
Die Dividende pro 1897 mit M 42.— für eine einfache Aktion à M 600.—
und — 84— Doppel-Aktion à 1200.—
kann gegen Einlieferung des Dividendencheines Nr. 32 im Comtoir der Gesellschaft in Empfang genommen werden.

Mewe, den 14. Februar 1898.

Der persönlich haftende Gesellschafter.
Georg Obuch.

Berpachtung.

Im Auftr. v. Frau Agnes. Eben auf Bauditten b. Maldeuten habe ich zur Pacht, der ihr gehör. Güter Gr. u. Al. Rüpperswade im Kreise Mühlingen Optr. auf 18 aufeinanderfolg. Jahre vom 1. Juli 1898 ab, einen Termin auf Montag, d. 2. Mai cr., im Gathaus in Maldeuten, 10 Uhr Borm., amberauft.

a) Gr. Rüppersw. hat ca. 1350 Mrg. Acker, 178 Mrg. Weien, 200 Mrg. Rongärt. u. Weiden (Seeränder), 6 Mrg. Hofg. und Baustellen, zul. ca. 1734 Mrg. b) Al. Rüppersw. hat ca. 514 Mrg. Acker, 44 Mrg. Weien, 20 Mrg. Rongärt. und Weiden, 5 Mrg. Hofg. und Baustellen, zul. ca. 583 Mrg.

Beide Güter sind, soweit notw., drainirt. Gebäude baulich in gutem Zustande, theils massiv. — Gr. Rüppersw. hat mhd. warm. Boden, zum Rübenbau, wie auch zum ausgedehnt. Kartoffelbau erignet, besitzt überall Mauerl. und gr. Mieg. Röhlager. — Al. Rüppersw. hat nur schwier. Mieg. Boden. Die Güter liegen 4, 5, resp. 6 Alm. v. d. Bahnh. Maldeuten, Grünhagen u. Polmwitten entfernt. Durch Gr. Rüppersw. führt Chaussee zu 2 Bahnhöfen, hat Wasserverabst. a. Oberland, Kanal, v. letzterem begrenzt. Al. Rüppersw. erhält Privatanschl. Gleis an Staatsbahn Mülde-Maldeuten. Projectierte Kleinbahlinie soll beide Güter berühren.

Pachtbewerber wird, zu benannt. Termin hierdurch ergeben eingeladen und müssen außer Qualifikat, als tüchtige Landwirthe den Besitz eines geh. disp. Vermögens nachweisen u. zwar bei a von 40—45 000 M. bis b) von 12—15 000 M. Die Güter werden auf Münch. i. oder einem verpachtet. — Pachtbed., Vermessung, Regist., Gütschule können jederzeit bei mir eingeholt werden, auch wird Pachtcontract geg. Erst, der Capital, abchriftl. verabfolgt. — Wenn Besicht. der Güter, die jederzeit gestattet ist, wolle man sich an die Güterverwaltung Bauditten bei Maldeuten wenden.

Gafteld Optr., den 15. Februar 1898.

Deegen, Rechtsanwalt und Notar.

Auctionen.

Auction

mit dem Gelterapparat findet

Mittwoch (200)

nicht statt.

Stegemann,
Gerichtsvorsteher,
Danzig, 4. Damm 11, I.

Schiffahrt

Es laden in Danzig:

Nach London:

SS „Annie“ ca. 15/17. Febr.

SS „Mia Wka“ ca. 23/25. Febr.

SS „Fredensborg“ ca. 24/28. Februar.

SS „Jenny“ ca. 26/28. Febr.

SS „Brunette“ ca. 3.5. März.

SS „Blonde“ ca. 9/11. März.

Es ladet in London:

Nach Danzig: (2001)

SS „Blonde“ ca. 18/21. Febr.

Th. Rodenacker.

Vermischtes.

ASTHMA.
Lebende erhalten auf Wunsch gratis
u. franco Brustkäse angefertigt d. d.
Kaiser-Apotheke Frankfurt a. M.

Succadeladen!

Succadeladen!

in bekannter Güte à 10 S bis 1 M empfiehlt täglich frisch

Gustav Karow,

Röpergasse Nr. 5 und Brodbänkengasse Nr. 3.

Man probire Brause's

No. 20, 31, 33,

112 u. A.

deutsche Schreibfedern

mit dem Farbst. eman.

Brause & Co., Iserlohn.

Unübertrifft. den besten englischen ebdürftig.

Zu beziehen durch die Schreibwarenhändler.

n. Michsack.

Köln, Ruhrort, Duisburg, Düren und Traben,
Spedition und Dampfschiffahrt.

Große Lagerhallen mit Bahnhofslift.

Täglicher Wagenaufzug - Verkehr Köln-Danzig.

Bilanz der Neuen Molkerei Czerwinsk,

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht,

für das Jahr 1897.

Passiva.

Activa.	M	S	1	Creditoren-Conto	M	S
Grundstück-Conto	400	00		1	1 932	39
Immobilien-Conto	1 932	39		2	1 901	83
Utenstücken-Conto	2 621	72		3	3 915	13
Gassen-Conto	1 500	00		4	170	00
Debitoren-Conto	50	00			50	00
Schweine-Mast-Conto	12 491	07			12 491	07
Waren-Conto						
Geschäftsbestände						

Eingetreten ist kein Mitglied! Ausgetreten ist kein Mitglied! Die Zahl der Genossen beträgt fünf!

v. Kries. A. Plehn.

Es schmeckt mir nicht!

Diesen Ausruf kann man natürlich nur auf essen und trinken beziehen. Nahrungsmittel aber, welche täglich genossen werden sollen, müssen stets bekömmlich sein und dürfen den Gaumen nicht ermüden. Besonders bei Cacao, welcher jetzt so viel an Stelle von Kaffee und Thee getrunken wird, weil er höchst nahrhaft ist und die Nerven nicht angreift, kann man finden, dass viele Marken nur ganz kurze Zeit befriedigung geben.

Eine Marke aber gibt es, bei welcher durch einen besonderen Prozess der köstliche Geschmack voll erhalten und der hohe Nährwerth der Cacaobohne ganz erhalten ist: es ist das der bewährte Cacao van Houten. Man kann ihn früh, Mittag und Abend trinken und stets schmeckt er. Man mache einen Versuch mit diesem höchst nahrhaften und im Gebrauch billigen Getränk.

Pianillos